



Rathaus

Umschau

Mittwoch, 13. April 2016

Ausgabe 069

muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise	2
Bürgerangelegenheiten	3
Meldungen	3
› Bezirksinspektion Nord wegen Umzug geschlossen	3
› Junkersgelände: Aufstellungsbeschluss für eine Verbindungsstraße	4
› Es kann losgehen: Verkehrsversuch Sendlinger Straße wird gestartet	4
› Jetzt anmelden: Radlkurse für Senioren	5
› Installation von Mirko Borsche im Referat für Arbeit und Wirtschaft	5
› Führungen über die Münchner Friedhöfe	6
› MVHS-Führung durch die Ausstellung BIER.MACHT.MÜNCHEN	7
› Klassische arabische Musik mit der Gruppe „jisar“ (Brücke)	7
› Turmsingen im Valentin-Karlstadt-Musäum	7
› Infoabend im Bauzentrum: Holzbau – energieeffizient und ökologisch	8
Antworten auf Stadtratsanfragen	9
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften	

Terminhinweise

Wiederholung

Donnerstag, 14. April, 9 Uhr,

Städtische BOS Wirtschaft und Verwaltung, Schleißheimer Straße 510

Offizielle Verleihung des Schultitels „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ an die Städtische Berufsoberschule (BOS) Wirtschaft und Verwaltung durch den Regionalkoordinator des Projektes, Michael Schneider - König, mit Grußworten von Stadtrat Klaus-Peter Rupp (SPD-Fraktion) in Vertretung des Oberbürgermeisters. Für die Schultitelverleihung plant die „Initiativgruppe SOR-SMC“ der BOS ein Schulprojekt mit dem Motto „Wir laufen für Flüchtlinge“.

Wiederholung

Donnerstag, 14. April, 18 Uhr, Saal des Alten Rathauses

Mit einem Festakt im Alten Rathaussaal ehrt Bürgermeisterin Christine Strobl im Namen der Landeshauptstadt München Sportlerinnen und Sportler, die im Jahr 2015 herausragende sportliche Leistungen erbracht haben. BR-Moderator Markus Othmer führt durch das abendliche Programm. Geehrt werden unter anderem die Frauen- und Herrenmannschaft des FC Bayern München, die erstmalig gemeinsam den Deutschen Meistertitel im Fußball errungen haben, Severin Freund als Weltmeister im Skispringen auf der Großschanze, Johanna Welin und Laura Fürst, die mit der Nationalmannschaft Europameisterinnen im Rollstuhlbasketball wurden, sowie Lisa Dollinger vom TSV Großhadern als Drittplatzierte der Junioren Weltmeisterschaft im Judo. Viele weitere erfolgreiche Sportlerinnen und Sportler werden an diesem Abend erwartet.

Achtung Redaktionen: Ab 18.30 Uhr besteht Gelegenheit für Fotoaufnahmen mit Bürgermeisterin Christine Strobl. Offizieller Beginn der Ehrungen ist um 19 Uhr.

Wiederholung

Donnerstag, 14. April, 19 Uhr, Alte Kongresshalle, Theresienhöhe

Zum Festakt „125 Jahre Abfallwirtschaft in München“ sprechen Oberbürgermeister Dieter Reiter und Kommunalreferent und Erster Werkleiter Axel Markwardt. Ein Programmpunkt des Abends in der Kongresshalle wird außerdem ein Beitrag von Prof. Dr. Heribert Prantl mit dem Titel „Der Wert der kommunalen Daseinsvorsorge in dynamischen Zeiten“ sein.



Montag, 18. April, 10 Uhr, Petergörglstraße 8

Stadtrat Otto Seidl (CSU-Fraktion) gratuliert der Münchner Bürgerin Emmy Kohlheim im Namen der Stadt zum 102. Geburtstag.

**Montag, 18. April, 19 Uhr, Referat für Arbeit und Wirtschaft,
Herzog-Wilhelm-Straße 15, Foyer**

Der stellvertretende Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft, Stadtdirektor Kurt Kapp, spricht Grußworte bei der Vernissage der Installation „Heroes“ des Künstlers Mirko Borsche. Die Vernissage ist Auftakt für eine Reihe von Veranstaltungen in den Monaten April und Mai.

(Siehe auch unter Meldungen)

Bürgerangelegenheiten

**Mittwoch, 20. April, 19 Uhr, Salesianum, Mehrzweckraum im
Erdgeschoss, St.-Wolfgangs-Platz 11 (barrierefrei)**

Sitzung des Bezirksausschusses 5 (Au – Haidhausen).

**Mittwoch, 20. April, 17.30 bis 19 Uhr, BA-Büro, Seidlvilla,
Nikolaiplatz 1 b (barrierefrei)**

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 12 (Schwabing – Freimann) mit dem Vorsitzenden Werner Lederer-Piloty.

**Mittwoch, 20. April, 19 Uhr, Gaststätte „Bayerisches Schnitzel- und
Hendlhaus“, Limesstraße 63 (barrierefrei)**

Sitzung des Bezirksausschusses 22 (Aubing – Lochhausen – Langwied). Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** mit dem Vorsitzenden Sebastian Kriesel statt.

Meldungen

Bezirksinspektion Nord wegen Umzug geschlossen

(13.4.2016) Die Bezirksinspektion Nord des Kreisverwaltungsreferates zieht von Montag, 18. April, bis Mittwoch, 20. April, von der Leopoldstraße 202 a, in ihre neuen Diensträume in der Hanauer Straße 56 um. An diesen Tagen ist die Dienststelle für den Kundenverkehr geschlossen und auch telefonisch nicht erreichbar. Für hieraus entstehende Unannehmlichkeiten bittet das Kreisverwaltungsreferat um Verständnis.

Ab Donnerstag, 21. April ist die Bezirksinspektion Nord wieder zu den üblichen Zeiten geöffnet. Die bisherigen Telefonnummern bleiben gleich.

Junkersgelände: Aufstellungsbeschluss für eine Verbindungsstraße

(13.4.2016) Im Bereich des Junkersgeländes in Allach werden die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Bau einer Verbindungsstraße zwischen Pasteurstraße und Ludwigsfelderstraße geschaffen, gleichzeitig soll die westlich davon liegende Schöllstraße von der Pasteurstraße abgehängt werden. Der derzeit über die Schöllstraße laufende Schwerlastverkehr, der die dortige vorhandene Wohnbebauung belastet, wird künftig über diese neue Straße geführt.

Die Verbindungsstraße verläuft dann über die städtischen Flächen des Junkersgeländes und dient als mittige Erschließung. Hier besteht bereits gewerbliches Baurecht, das durch diese Erschließung geordnet realisiert werden kann.

Es kann losgehen: Verkehrsversuch Sendlinger Straße wird gestartet

(13.4.2016) Die Sendlinger Straße ist im nördlichen Teil bereits 2013 erfolgreich zur Fußgängerzone umgestaltet worden. Auch im gesamten Verlauf könnte die Sendlinger Straße zukünftig als Fußgängerzone erlebbar werden. Um die Effekte einer möglichen Umgestaltung zu testen, soll nach Beschluss des Stadtrates im heutigen Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung ein langfristiger Verkehrsversuch durchgeführt werden. Die Umgestaltung der Sendlinger Straße in einen Straßenraum, der vorrangig den Fußgängerinnen und Fußgängern vorbehalten ist, wird bereits seit über 30 Jahren diskutiert. Mit der Neubebauung des Areals des Süddeutschen Verlages am nordöstlichen Ende der Sendlinger Straße, zwischen Färbergraben und Hackenstraße, wurden neue städtebauliche, gestalterische und funktionale Impulse für die Sendlinger Straße sowie für das gesamte angrenzende Hackenviertel gesetzt, sodass sich die Rahmenbedingungen für eine mögliche Umgestaltung der Sendlinger Straße veränderten und diese begünstigen.

Nach den positiven Erfahrungen mit dem bereits zur Fußgängerzone umgestalteten Teil der Sendlinger Straße soll nun auch der restliche Abschnitt der Einkaufsstraße vorerst versuchsweise zugunsten der Aufenthaltsqualität für die Fußgängerinnen und Fußgänger einen neuen Charakter erhalten, der zum Flanieren, zum Aufenthalt oder zum Einkaufen einlädt, die Straße attraktiver und den Stadtraum positiv erlebbar macht. Auch die Singlspielerstraße und Schmidstraße werden in das Konzept miteinbezogen.

Erforderliche Ausnahmegenehmigungen zur Einfahrt in die Sendlinger Straße sollen für mobilitätseingeschränkte Patienten der dortigen Praxen,

für notwendige Lieferverkehre sowie für Anwohnerinnen und Anwohner ermöglicht werden.

Öffentlichkeitsveranstaltungen zum geplanten Verkehrsversuch fanden bereits am 23. September 2015 mit Gewerbetreibenden und Verbänden, am 1. Oktober 2015 mit Anwohnerinnen und Anwohnern sowie am 8. März 2016 erneut mit Anwohnerinnen und Anwohnern statt. Dabei wurden die Konzepte der temporären Umgestaltung vorgestellt und Rückmeldungen hierzu gesammelt und dem Stadtrat zur Kenntnis gegeben.

Das Konzept des Verkehrsversuchs wird mit den entsprechenden Maßnahmen für den Versuchszeitraum von einem Jahr umgesetzt sowie fortlaufend evaluiert. Nach Ablauf des Versuchszeitraums entscheidet der Stadtrat auf Grundlage dieser Ergebnisse sodann über eine endgültige Umgestaltung der Sendlinger Straße.

Jetzt anmelden: Radkurse für Senioren

(13.4.2016) Am 20. April veranstaltet die Radlhauptstadt München den ersten Radkurs für Senioren. Dieser findet in Kooperation mit dem Alten- und Servicezentrum (ASZ) Untergiesing in dessen Räumlichkeiten in der Kolumbusstraße 33 statt. Start ist um 14 Uhr. Der Kurs dauert zirka drei Stunden und ist in drei Teile gegliedert: Unter dem Motto „Sicher auf der Straße“ informiert ein Vertreter der Verkehrspolizeiinspektion München darüber, wie sich Radfahrende sicher im Straßenverkehr bewegen. Anschließend gibt eine Ergotherapeutin Tipps, wie man (wieder) fit fürs Fahrradfahren wird. Sie zeigt den Teilnehmern Übungen, die sie einfach in ihren Alltag integrieren können. Zum Schluss stellt ein Fahrrad-Anbieter verschiedene Typen von altersgerechten Rädern und Pedelecs vor, damit jeder die verschiedenen Modelle selbst ausprobieren und für sich entdecken kann. Eine Anmeldung zu dem kostenfreien Kurs ist per Telefon unter der Nummer 6 68 325 oder per E-Mail unter julia.froebel@greencity.de möglich. Informationen zu Zeit und Ort der nächsten Kurse sind im Internet unter www.radlhauptstadt.de erhältlich.

Installation von Mirko Borsche im Referat für Arbeit und Wirtschaft

(13.4.2016) Das MBQ-Projekt PLATFORM lädt zur Auftaktveranstaltung „Heroes – Eine Installation von Mirko Borsche“ am Montag, 18. April, 19 Uhr, in das Referat für Arbeit und Wirtschaft ein (Foyer, Herzog-Wilhelm-Straße 15, U-Bahnstation Sendlinger Tor).

Zur Vernissage spricht Kurt Kapp, stellvertretender Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft, Grußworte. Im Anschluss diskutieren der Künstler Mirko Borsche und die Leiterin der PLATFORM Dr. Elisabeth Hartung über München als Kreativstandort, über das Verhältnis der Kreativen zur Stadt,

über Mut und Potenziale. Das Publikum der von Dr. Oliver Herwig moderierten Diskussionsrunde ist zum Austausch eingeladen.

Mirko Borsche, in München beheimatet und international renommiert, schafft mit seiner Installation eine Art Hommage an die Arbeit der 657 Akteure, die in den letzten Jahren mit der PLATFORM zusammengearbeitet haben. Ihre Namen erstrahlen im Foyer des Referats und leuchten bis zum 31. Mai in den öffentlichen Raum hinein.

Eine zweite Veranstaltung im Referat für Arbeit und Wirtschaft am 10. Mai, 19 Uhr, bringt Sabine Bendiek (Vorsitzende der Geschäftsführung Microsoft Deutschland), Peter Hofbauer (Berater des CEO, Unicredit Bank Austria AG, Wien), Dr. Elisabeth Hartung (PLATFORM) und Dr. Rupert Hofmann (Audi), miteinander ins Gespräch. Im Zentrum der von Dorothee von Bose moderierten Veranstaltung steht die Frage, ob die Wirtschaft bereit ist für die Kunst.

Die PLATFORM ist in Trägerschaft der Münchner Arbeit gGmbH und wird durch das Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm (MBQ) des Referats für Arbeit und Wirtschaft gefördert. Informationen im Internet unter www.platform-muenchen.de.

(Siehe auch unter Termine)

Führungen über die Münchner Friedhöfe

(13.4.2016) Von April bis Juli 2016 bieten die Städtischen Friedhöfe München wieder kostenfreie Führungen über die Münchner Friedhöfe an. Die Rundgänge führen zu den Ruhestätten bedeutender Persönlichkeiten und zu kunsthistorisch interessanten Grabstätten. Sie zeigen die typische Münchner Friedhofsarchitektur und die ökologische Bedeutung der Friedhöfe im Münchner Grünsystem. Darüber hinaus werden die verschiedenen Grabarten und Bestattungsmöglichkeiten im jeweiligen Friedhof vorgestellt. Ebenso kann das Krematorium besichtigt werden.

„Die Münchner Friedhöfe sind grüne Oasen und kulturelle Schätze in unserer Stadt. Friedhofsführungen rufen immer reges Interesse hervor“, sagt Stephanie Jacobs, Referentin für Gesundheit und Umwelt. „Das große Interesse der vergangenen Jahre hat gezeigt, welchen hohen Stellenwert die Friedhöfe bei den Münchnerinnen und Münchenern einnehmen und ich würde mich freuen, wenn auch in diesem Jahr wieder viele das Angebot der Städtischen Friedhöfe annehmen.“

Termine für die Rundgänge:

- Alter Südlicher Friedhof: 13. Mai, 10. Juni, 15. Juli 2016, Beginn jeweils 15 Uhr
- Alter Nördlicher Friedhof: 29. April, Beginn 13.30 Uhr
- Friedhof Bogenhausen: 20. Mai, Beginn 14 Uhr
- Ostfriedhof: 15. Juni, Beginn 16 Uhr



- Nordfriedhof: 17. Juni, Beginn 14 Uhr
- Westfriedhof: 9. Juni, 18. Juli, Beginn jeweils 16 Uhr
- Waldfriedhof: 13. Juni, 14. Juli, Beginn jeweils 16 Uhr
- Friedhof am Perlacher Forst: 20. Mai, Beginn 14 Uhr
- Krematorium: 22. April, 6. Mai, 20. Mai, 3. Juni, 17. Juni, 1. Juli, 15. Juli, Beginn jeweils 15 Uhr

Weitere Informationen zu Treffpunkt und Dauer gibt es mit der Anmeldung oder im Internet unter www.muenchen.de/friedhof.

Aufgrund begrenzter Teilnehmerzahl ist eine Anmeldung erforderlich. Diese ist telefonisch von Montag bis Freitag zwischen 9 und 12 Uhr unter der Telefonnummer 23 19 93 25 oder per E-Mail sfm-oe.rgu@muenchen.de möglich.

MVHS-Führung durch die Ausstellung BIER.MACHT.MÜNCHEN

(13.4.2016) Am Samstag, 16. April, führt Barbara Link um 15 Uhr durch die Ausstellung „BIER.MACHT.MÜNCHEN“ im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-PLatz 1. 500 Jahre Reinheitsgebot in Bayern – mehr als 500 Jahre „Münchner Bier“ und Münchner Brauereien. Die Ausstellung spürt dem Einfluss des Gerstensaftes auf die Entwicklung der Münchner Stadtgestalt und -kultur, die bildenden Künste, die Feste und das Kabarett nach – und beschäftigt sich daher eingehend mit der Rolle des Bieres in Gesellschaft und Politik, damals wie heute. Der Eintritt beträgt ermäßigte 3,50 Euro, die Führungsgebühr von 7 Euro geht an die Dozentin der Münchner Volkshochschule.

Klassische arabische Musik mit der Gruppe „jisr“ (Brücke)

(13.4.2016) Am Sonntag, 17. April, 15.30 Uhr, findet im Stadtmuseum München, Sammlung Musik, St.-Jakobs-PLatz 1, ein Konzert mit den syrischen Musikern Ehab Abou Fakhar (Viola) und Abathar Kmash (Oud), die zur Zeit in einem Münchner Flüchtlingslager leben, und Muhsin Ramdan (Percussion und Gesang) statt. Die Einführung hält der bekannte Münchner Gitarrist und Oud-Spieler Roman Bunka, auf dessen Initiative das Konzert im Münchner Stadtmuseum stattfindet. Die beiden an der Musikhochschule in Damaskus klassisch ausgebildeten Musiker sind vor einem Monat über die Balkanroute von Syrien nach München gekommen. Das Trio präsentiert klassische arabische Musik.

Die Sammlung Musik des Münchner Stadtmuseums fühlt sich gerade angesichts ihrer großen Sammlung an Musikinstrumenten aus allen Kulturen der Welt verpflichtet, ein Podium für den Dialog von Kulturschaffenden aus verschiedenen Ländern und verschiedenster Genres mit den Münchner Bürgern zu bieten. Der Eintritt beträgt 4 Euro, ermäßigt 2 Euro.



Turmsingen im Valentin-Karlstadt-Musäum

(13.4.2016) Das Turmsingen im Turmstüberl des Valentin-Karlstadt-Musäums, Tal 50, findet am Montag, 18. April, unter Leitung von Klaus Servi statt. Von 16.30 Uhr bis 17.30 Uhr sind alle Singbegeisterten eingeladen, miteinander Münchner Volkssängerlieder, Jodler und jahreszeitlich passende Lieder zu singen. Die Teilnahme am monatlichen offenen Singen ist kostenlos, der Eintritt für das Musäum beträgt 2,99 Euro. Das Musäum kann bis 17.29 Uhr besichtigt werden und wird nach Ende der Singstunde geschlossen. Das monatliche Turmsingen im Valentin-Karlstadt-Musäum wird veranstaltet vom Kulturreferat der Landeshauptstadt München in Zusammenarbeit mit dem Valentin-Karlstadt-Musäum und dem Traditionscafé Turmstüberl. Nähere Informationen unter www.muenchen.de/volkskultur oder unter www.valentin-musaeum.de.

Infoabend im Bauzentrum: Holzbau – energieeffizient und ökologisch

(13.4.2016) Holz liegt voll im Trend: Neben anerkannt guten Wohneigenschaften weist regionales Holz als nachwachsender Rohstoff eine besonders günstige Ökobilanz auf. Zeitgemäßer Holzbau ist zunehmend auch für Bauleute eine Alternative zur Ziegel- und Betonbauweise, im Neubau genauso wie im Anbau und bei der Sanierung. Die Architektin Beatrice Kopff gibt am Montag, 18. April, von 18 bis 19 Uhr im Bauzentrum München, Willy-Brandt-Allee 10, einen umfassenden Einblick in die vielfältigen Möglichkeiten, den Baustoff Holz einzusetzen. Anhand konkreter Projekte werden die Vorteile von Holz unter energetischen, baubiologischen und ökologischen Aspekten dargestellt. Im Rahmen des Vortrags kann auch auf individuelle Fragen der Besucherinnen und Besucher eingegangen werden. Das Bauzentrum ist wie folgt zu erreichen: Mit der U2 zur Haltestelle Messestadt West, von dort nur fünf Minuten ausgeschilderter Fußweg; mit der S2 bis Haltestelle Riem, dort umsteigen in Bus 190 bis Messestadt West; mit dem Auto über die A94, Ausfahrt München-Riem oder Feldkirchen-West, Parkhaus direkt hinter dem Bauzentrum München. Weitere Informationen unter www.muenchen.de/bauzentrum, Kontakt mit E-Mail an bauzentrum.rgu@muenchen.de oder unter der Telefonnummer 54 63 66 - 0. Der Eintritt zum Infoabend ist frei.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Mittwoch, 13. April 2016

Hauberrisser Mobiliar aus dem Rathaus – Wird Münchens Kulturerbe verschleudert?

Anfrage Stadträte Marian Offman und Richard Quaas (CSU-Fraktion) vom 28.1.2016

Kindergarten – Schule – Mittagsbetreuung: Schnelle Lösungen für den Kindergarten Elterninitiative Isarvorstadt, die Nachbarschaftshilfe Westermühlbach und die Grundschulen an der Klenzestraße und am Gärtnerplatz

Antrag Stadtrats-Mitglieder Jutta Koller, Sabine Krieger, Oswald Utz und Dr. Florian Roth (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste) vom 9.7.2015

Eine „Expertenanhörung“ zum Thema „Pegida“?

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 20.1.2016

Nachgefragt: Mängel, Abnutzung und Überalterung der Einsatzausstattung der Münchner Polizei

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 1.2.2016

Verstöße gegen die Residenzpflicht im Bereich der LHM

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 2.2.2016

Haftpflichtversicherung für „Flüchtlinge“

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 19.2.2016

Grundsätzlich keine Sozialhilfe für erwerbsfähige Unionsbürger – wie entscheidet die LHM?

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 24.2.2016



Hauberrisser Mobiliar aus dem Rathaus – Wird Münchens Kulturerbe verschleudert?

Anfrage Stadträte Marian Offman und Richard Quaas (CSU-Fraktion) vom 28.1.2016

Antwort Oberbürgermeister Dieter Reiter:

Auf Ihre Anfrage vom 28.1.2016 nehme ich Bezug und danke Ihnen zunächst für die gewährte Fristverlängerung. Diese war erforderlich, da die Beantwortung einige Recherchearbeiten erforderlich machte.

Ihrer Anfrage haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt:

„In der letzten Zeit sind speziell in Münchens Kunsthandel wieder Möbelstücke aus dem Fundus der Stadt aufgetaucht, die als Originalteile noch aus der Erstaussstattung des ‚Neuen‘ Rathauses stammen und von dem Architekten des neugotischen Baues, Georg von Hauberrisser entworfen und von Münchner Möbelschreibern seinerzeit gebaut wurden. Nun sollte man meinen, dass das Rathaus ein denkmalgeschütztes Ensemble darstellt, auch die originale Innenausstattung, soweit noch vorhanden, zu diesem Bau dazugehört und von der Stadt, wie ein Augapfel gehütet wird. Dem scheint aber nicht so zu sein, offenbar gibt es einen stetigen Abfluss von Inventarteilen aus beiden Bauphasen des Neuen Rathauses. Insbesondere in der Ära Ude, sollen dem Vernehmen nach die meisten Stücke nach dem Krieg, aus dem Rathaus fortgeschafft worden sein. Diese wertvollen Möbel der Erstaussstattung stellen einen unwiederbringbaren kulturhistorischen Schatz dar, den es auf alle Fälle zu bewahren gilt. Es ist höchste Zeit, nicht nur die Säle und ein paar Einzelzimmer mit Hauberrisser-Ausstattung zu bewahren, sondern auch die Einzelmöbel, Beschläge usw., die es noch im gesamten Rathaus verstreut zu finden gibt.“

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:

Wie viele Möbelstücke und Ausstattungsgegenstände aus dem Erstaussstattungsbestand des Neuen Rathauses, die von Georg von Hauberrisser entworfen wurden, gibt es noch im Rathaus, bzw. im Besitz der Stadt?

Antwort:

Grundsätzlich ist unklar, wie viele Möbelstücke für die Erstaussstattung des Rathauses von Georg von Hauberrisser entworfen wurden. Es ist davon auszugehen, dass die Hauberrisser-Möbel seinerzeit als „reine“ Büromöbel verwendet und in sogenannten Fahrnisbüchern registriert wurden. Nach

Recherche im Stadtarchiv sind diese Fahrnisbücher nicht mehr vorhanden. Jedoch existieren bei den drei im Rathaus angesiedelten Referaten noch Bestandslisten über die jeweiligen Hauberrisser-Möbel. Aufgrund Ihrer Anfrage wurden diese Bestandslisten nunmehr zu einer Gesamtliste zusammengefasst. Diese enthält 182 Möbelstücke, von denen es sich bei 122 Stücken zweifelsfrei um Original Hauberrisserstücke handelt. Bei den restlichen 60 Möbelstücken ist noch zu klären, ob es sich auch hier um Original Hauberrisserstücke handelt. Die Klärung erfolgt in Kürze im Benehmen mit dem Stadtmuseum sowie dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege.

Frage 2:

Sind diese Möbelstücke und Ausstattungsgegenstände inventarisiert?

Antwort:

Die Erfassung des Inventars wurde bis 1994 in Fahrnisbüchern registriert. Da es keine gesetzliche Grundlage für Aufbewahrungsfristen von Fahrnisbüchern gibt (siehe Nachschlagewerk Aktenplan für Registraturen der Gemeinden und Landratsämter), kann auch nicht mehr darauf zurückgegriffen werden. Ab 1994 wurden die Fahrnisbücher abgeschafft und auf ein elektronisches Inventarverzeichnis umgestellt, 2004 erfolgte eine weitere Umstellung auf SAP. In das elektronische Inventarverzeichnis werden nur neu angeschaffte Anlagegüter inventarisiert, jedoch wurden die im Bestand befindlichen Anlagen nicht übertragen.

Frage 3:

Wenn ja, seit wann?

Antwort:

Siehe Antwort zu Frage 2.

Frage 4:

Wenn nein, warum nicht?

Antwort:

Siehe Antwort zu Frage 2.

Frage 5:

Ist der Stadt, bzw. den zuständigen Stellen, der kunsthistorische Wert dieser Möbel bekannt und bewusst?

Antwort:

Die Landeshauptstadt München ist sich des kunsthistorischen Wertes der Möbelstücke bewusst. So wird zum Beispiel bei Beschädigungen der Hauberrisser-Möbel ausschließlich ein durch das Stadtmuseum empfohlener Restaurator beauftragt, um weiterhin den kunsthistorischen Wert zu erhalten.

Frage 6:

Gehören diese Originalmöbel zum geschützten Ensemble des Rathauses?

Antwort:

Siehe Antwort zu Frage 5. Ferner wird darauf geachtet, dass die Ausstattung des Hauberrisser-Zimmers und des kleinen Sitzungssaals sowie die noch vorhandenen Einzelstücke erhalten bleiben.

Frage 7:

Wenn nein, warum nicht?

Antwort:

Siehe Antwort zu Frage 6.

Frage 8:

Wenn ja, wieso können dann Teile der vorhandenen Möbel bis in die jüngste Zeit hinein im Kunsthandel auftauchen, die vorher noch nie im Handel gesehen wurden?

Antwort:

Seitens der Landeshauptstadt München sind bis in die jüngste Zeit keine Veräußerungen der genannten Möbelstücke bekannt.

Nach Informationen des Stadtarchivs wurden während der Umbaumaßnahmen im Rathaus in den Jahren 1939 und 1978 wahrscheinlich einige vorhandene neogotische Ausstattungsstücke entsorgt. So sollen 1978 im Zuge der Sanierung zahlreicher Räumlichkeiten im Rathaus, Hauberrisser-Möbel auf den Sperrmüll gekommen sein. In diesem Zusammenhang kann davon ausgegangen werden, dass einige Möbel in die Hände privater Kunstliebhaber gelangten. Möglicherweise wurden diese Möbelstücke viele Jahre später durch Privatpersonen in den Handel gebracht.

Es ist zu vermuten, dass unabhängig von den Jahren 1939 und 1978 Möbelstücke, die zu Bruch gingen, aus Kostengründen nicht mehr restauriert oder aus Kapazitätsgründen ausrangiert wurden. Gleichzeitig wurden von den Referaten aber auch einige Hauberrisser-Möbelstücke an das Münchner Stadtmuseum zur Aufbewahrung übergeben.



Bei den im Handel angebotenen Objekten muss es sich zudem nicht ausschließlich um Möbel aus dem Münchner Rathaus handeln. Die Vorlagen und Entwürfe von Georg von Hauberrisser wurden auch für andere Projekte wiederverwendet und variiert.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass im Jahr 2004 im Zuge der Neuanschaffung von Sitzungsstühlen für den Großen Sitzungssaal ein Verkauf der alten Sitzungsstühle stattfand. Diese wurden den damaligen Stadtratsmitgliedern zum Kauf angeboten. Hierbei handelte es sich jedoch nicht um Möbel von Georg von Hauberrisser. Dies gilt auch für die drei Bürgermeisterstühle, die damals in einer Internetauktion zu Gunsten von UNICEF versteigert wurden.

Frage 9:

Gibt es eine Bestands- bzw. Veräußerungsliste, auf der auch die Verkäufe dieser Möbel verzeichnet sind?

Antwort:

Eine Veräußerungsliste gibt es nicht. Siehe Antwort zu Frage 8.

Frage 10:

Wenn ja, lässt sich dabei auch feststellen, wann die Möbel von der Stadt verkauft wurden und wer den Auftrag dazu gegeben hat?

Antwort:

Siehe Antwort zu Frage 8.

Frage 11:

Welche Preise wurden für diese Möbel erzielt, von den Kulturhistoriker sagen, sie seien durchaus ausgesprochen wertvoll?

Antwort:

Siehe Antwort zu Frage 8.

Frage 12:

Wenn nein, warum werden solche Listen nicht geführt?

Antwort:

Siehe Antwort zu Frage 8.

Frage 13:

Falls solche Listen vorhanden sind, lassen sich daraus auch die Schlüsse ziehen, die im Kunsthandel kolportiert werden, dass der große „Ausver-



kauf“ der Hauberrissermöbel nach dem Krieg erst so richtig in der Ära des Alt-OB-Ude eingesetzt hat?

Antwort:

Siehe Antwort zu Frage 8.

Frage 14:

Kann der Stadtrat davon ausgehen, dass unter der Führung von OB-Reiter das kunsthistorische Erbe dieser Stadt, darunter auch die Möbel und Ausstattungsgegenstände von Georg von Hauberrisser nicht weiter an den Kunsthandel und interessierte Privatleute verschleudert wird oder geht der Ausverkauf historischer Stücke unvermindert weiter?

Antwort:

Es gibt keinerlei Anhaltspunkte für einen Ausverkauf der historischen Stücke durch die Landeshauptstadt München. Ich kann Ihnen versichern, dass die vorhandene Ausstattung von Georg von Hauberrisser geschützt und kein Verkauf stattfinden wird. Ich habe veranlasst, dass ab sofort eine Gesamtliste der Hauberrisser-Möbel federführend bei der Geschäftsleitung des Direktoriums verwaltet wird.



Kindergarten – Schule – Mittagsbetreuung: Schnelle Lösungen für den Kindergarten Elterninitiative Isarvorstadt, die Nachbarschaftshilfe Westermühlbach und die Grundschulen an der Klenzestraße und am Gärtnerplatz;

Antrag Stadtrats-Mitglieder Jutta Koller, Sabine Krieger, Oswald Utz und Dr. Florian Roth Fraktion(Bündnis 90/Die Grünen/rosa Liste) vom 9.7.2015

Antwort Stadtschulrat Rainer Schweppe:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrags betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt, weshalb eine Beantwortung auf diesem Wege erfolgt.

In Ihrem Antrag baten Sie darum, in Gesprächen mit den Trägern der o.g. Kindertageseinrichtungen nach einer umgehenden Lösung zu suchen, die beiden Kindertageseinrichtungen und den beiden beteiligten Grundschulen den größtmöglichen Vorteil bietet.

Hierzu kann ich wie folgt berichten:

Gespräche und Lösungswege, die bisher verfolgt wurden

Die Kündigung der Räumlichkeiten (die seit 1995 vom Kindergarten Elterninitiative Isarvorstadt e.V. genutzt werden) in der Geyerstraße 22 zum 31.8.2015 durch die Nachbarschaftshilfe (NH) Westermühlbach e.V wurde bis heute nicht zurückgenommen. Auf Initiative des Referats für Bildung und Sport (RBS) fand am 7.5.2015 an der Grundschule Klenzestraße ein „Runder Tisch“ unter Beteiligung von Schulleitung und Lehrkräften, der Geschäftsführung und Mitarbeiterin des Westermühlbach e.V., Vorständen der Eltern-Kind-Initiative sowie Vertretungen der Verwaltung (Büro der 3. Bürgermeisterin, Geschäftsbereich Allgemeinbildende Schulen/Fachabteilung 4 des RBS sowie der Geschäftsbereich KITA – Abteilung FT des RBS) statt. In der Folge wurde zunächst eine Verlängerung der Kündigungsfrist bis längstens Ende Februar 2016 erreicht.

Zwischen dem Kindergarten Elterninitiative Isarvorstadt e.V. und der NH Westermühlbach e.V. besteht ein privatrechtliches Mietverhältnis (Untermiete). Eine Rücknahme der Kündigung ist durch die Landeshauptstadt München daher nicht möglich. Mehr als beratend bzw. vermittelnd kann die Stadtverwaltung in dieses Mietverhältnis nicht eingreifen.

Beide Vertragspartner hatten zugesichert, aktiv nach alternativen Räumen zu suchen. Darüber hinaus wurde vereinbart, dass RBS-KITA im Januar 2016 die Runde erneut zum Austausch über den aktuellen Stand zur Mittagsbetreuung an der Grundschule Klenzestraße und zur EKI Isarvorstadt e.V. einlädt.

RBS-KITA hat die Raumsuche der Elterninitiative Isarvorstadt e.V. unterstützt, z.B. durch

- stadtinterne Anfragen beim Kommunalreferat - Liegenschaftsverwaltung sowie bei der Sozialplanung des Sozialreferats,
- die Vermittlung von Kontakten zu frei werdenden Räumen in der Kapuzinerstraße (Jobcenter),
- die Vermittlung von Räumen in der Rottmannstraße (Stadtbezirk 3).

Leider brachten diese Maßnahmen als auch die intensive Suche der Eltern-Kind-Initiative selbst bislang kein positives Ergebnis. Auch die Darstellung der Problematik des Kindergartens in der Presse und das Einstellen eines Videos im sozialen Netzwerk facebook Anfang Juli 2015 brachten keinen Erfolg.

Die Grundschule Klenzestraße hat großes Interesse, Eltern sowie Schülerinnen und Schülern ein vielfältiges Betreuungsangebot bieten zu können. Die Schule wollte klären, ob der Förderverein die Plätze der Mittagsbetreuung an der Schule weiterführt. Träger der Mittagsbetreuung an der Grundschule Gärtnerplatz, die in fünf Gruppen 80 Schülerinnen und Schüler betreut, ist der Verein Glockenbachwerkstatt e.V.. Der Auszug aus den Räumen der Schule war nie angedacht. Es ist auch kein Zusammenschluss mit der Mittagsbetreuung der Grundschule Klenzestraße beabsichtigt.

Aktueller Sachstand

Wie vereinbart, fand am 21.1.2016 ein „Runder Tisch“ mit den o.g. Beteiligten statt, um den aktuellen Stand zusammen zu tragen. Der Westermühlbach e.V. wird die Mittagsbetreuung an der Grundschule Klenzestraße zum 31.7.2016 beenden und bis 5.8.2016 aus den Räumen der Schule ausziehen. Der Förderverein der Grundschule Klenzestraße wird zum Schuljahr 2016/17 die Plätze der Mittagsbetreuung an der Schule übernehmen. Damit ist für den Westermühlbach e.V. nach eigener Aussage der Bedarf für eine eigene Mittagsbetreuung nicht mehr in dem ursprünglichen Umfang gegeben und der eigentliche Kündigungsgrund weggefallen. Vermieter (Westermühlbach e.V.) und Mieter (Isarvorstadt e.V.) treten umgehend in



Verhandlungen zum Mietvertrag ein (Höhe der Miete und Räumlichkeiten).
Der Westermühlbach e.V. hat bereits per E-Mail die Kündigungsfrist bis
31.8.2016 verlängert.

Es wurde vereinbart, dass RBS-KITA zeitnah über das Ergebnis der Ver-
handlungen informiert wird. Für den Fall, dass die Vertragsparteien keine
Einigung erzielen, hat RBS-KITA Unterstützung im Rahmen einer Modera-
tion angeboten.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten.
Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Eine „Expertenanhörung“ zum Thema „Pegida“?

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 20.1.2016

Antwort Oberbürgermeister Dieter Reiter:

Ihrer Anfrage haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt:

„Berichten der Lokalpresse zufolge veranstaltet der Stadtrat im März eine ‚Expertenanhörung‘, bei der offenbar auch das Thema ‚Pegida‘ auf der Tagesordnung stehen soll. Laut der ‚Süddeutschen Zeitung‘ sollen im Rahmen der Veranstaltung, an der neben Vertretern von Religionsgemeinschaften auch für ihre politische Einseitigkeit bekannte Persönlichkeiten und Institutionen wie der Münchner Polizeipräsident und die sogenannte ‚Fachinformationsstelle gegen Rechtsextremismus‘ beteiligt sein sollen, die Teilnehmer der Münchner Pegida-Kundgebungen als ‚rechtsextrem de-couviert‘ werden.“

Ihre Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Frage 1:

Wann und wo findet die in der Lokalpresse erwähnte Expertenanhörung“ statt? Wie genau lautet das Thema dieser Veranstaltung?

Antwort:

Die Expertenanhörung wurde, wie im Antrag der demokratischen Stadtratsfraktionen vorgesehen, durchgeführt. Die Anhörung fand am 17.2.2016 statt.

Frage 2:

Welche „Experten“ sind eingeladen?

Antwort:

Siehe Antwort zu Frage 1.

Frage 3:

Wann und wo findet eine vergleichbare „Expertenanhörung“ im Münchner Stadtrat zum Thema „Linksextremismus“ statt – dies gefragt angesichts der Tatsache, dass auch in München erheblich mehr politisch motivierte Straftaten aus dem linksextremen als aus dem „rechtsextremen“ Spektrum heraus begangen werden?

(Vgl. dazu den aktuellen Sicherheitsreport 2014 der Münchner Polizei, <http://www.ris-muenchen.de/RII/RII/DOK/SITZUNGSVORLAGE/3675784.pdf>, hier S. 60 und 62).



Antwort:

Ein Antrag für eine Expertenanhörung zu diesem Thema liegt nicht vor.



Nachgefragt: Mängel, Abnutzung und Überalterung der Einsatzausstattung der Münchner Polizei

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 1.2.2016

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Ihre Anfrage vom 1.2.2016 wurde im Auftrag von Herrn Oberbürgermeister Reiter in Federführung dem Kreisverwaltungsreferat zur Beantwortung zugeleitet.

Ihrer Anfrage schicken Sie folgenden Sachverhalt voraus:

„Aus Kreisen der sächsischen Polizei ist zu erfahren, dass die Ausstattung der Einsatzbeamten dort häufig nicht mehr auf dem neuesten Stand, bisweilen auch abgenutzt und mangelhaft ist. So verrutschen Schutzhelme im Einsatz, weil sie beschädigt sind (Helmriemen gerissen), Ersatz gibt es jedoch nicht. Auch stichsichere Westen werden erst dann ersetzt, wenn sie beidseitig, d.h. an Vorder- und Rückseite beschädigt sind. – Hier ergeben sich Fragen nach der Situation bei der Münchner Polizei. Der etwaige Hinweis des KVR, die Fragen betreffen Angelegenheiten der Polizei, weshalb sich der Fragesteller dorthin wenden sollte, ist wenig stichhaltig. Es müsste dem KVR als übergeordnete Behörde ein leichtes sein, beim Münchner Polizeipräsidium die entsprechenden Auskünfte einzuholen.“

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen teilen wir Ihnen Folgendes mit:

Frage 1:

Was ist der LHM bzw. dem KVR über Ausstattungsmängel bei der Münchner Polizei bekannt, insbesondere was Mängel bei sensiblen und sicherheitsrelevanten Ausrüstungsteilen wie Schutzhelmen und Schutzwesten angeht?

Frage 2:

Wie ist der Ersatz von beschädigten bzw. nicht mehr voll funktionsfähigen Ausrüstungsteilen wie insbesondere Schutzhelmen, Schutzwesten, Knieschonern etc. im Bereich des Münchner Polizeipräsidiums geregelt?

Frage 3:

Wie schätzt das Münchner Polizeipräsidium den Zustand der Einsatzausstattung der Münchner Polizeibeamten generell ein, vor allem was Abnutzung und ggf. Überalterung angeht?



Antwort zu den Fragen 1 - 3:

Die von Ihnen gestellten Fragen betreffen ausschließlich Angelegenheiten, die in den Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums München fallen. Mangels eigener Zuständigkeit des Kreisverwaltungsreferates kann eine Beantwortung Ihrer Fragen nur durch das Polizeipräsidium München vorgenommen werden.



Verstöße gegen die Residenzpflicht im Bereich der LHM

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 2.2.2016

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

In Ihrer Anfrage vom 2.2.2016 führen Sie Folgendes aus:

„Asylbewerber verstoßen offenbar in erheblichem Ausmaß gegen die gesetzliche Residenzpflicht. Wie die ‚Süddeutsche Zeitung‘ dieser Tage berichtete, sind allein im Landkreis Ebersberg im Jahr 2015 fast 200 Asylbewerber ‚verloren‘ gegangen. Drei Viertel konnten mit Hilfe der Polizei inzwischen wiedergefunden werden. Bei 47 Asylbewerbern ist der Aufenthaltsort weiter unbekannt. – Auswirkungen auf ein laufendes Asylverfahren hat das Untertauchen aber offenbar nicht, was umso bemerkenswerter ist, als ein Verstoß gegen die Wohnsitzauflage eine Straftat ist, die nach dem Asylgesetz mit Geldstrafe oder Haft bis zu einem Jahr belegt werden kann. Das im SZ-Bericht erwähnte Landratsamt Ebersberg bringt die Fälle allerdings nicht zu Anzeige. ‚Auch dem Münchner Rechtsanwalt Daniel Schmidt-Blümel, der auf Asylrecht spezialisiert ist, sind aus der Praxis keine entsprechenden Fälle bekannt. Die Ausländerbehörden hätten schlicht keine Zeit, solche Verstöße zu verfolgen. (zit. nach: <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/ebersberg/ebersberg-leere-betten-in-derturnhalle-1.2836013>; zuletzt abgerufen: 2.2.2016, 9.52 Uhr). Hier stellen sich Fragen nach der Situation in der LHM.“

Das Kreisverwaltungsreferat, Ausländerbehörde, nimmt zu Ihrer Anfrage vom 2.2.2016 im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:

Wie viele Verstöße gegen die gesetzliche Wohnsitzauflage (Residenzpflicht) wurden 2015 bei der LHM aktenkundig?

Antwort:

Bei der Ausländerbehörde der Landeshauptstadt München wird keine Statistik geführt, wie viele Asylbewerberinnen und Asylbewerber, die der Landeshauptstadt München zugewiesen wurden, sich tatsächlich woanders aufhalten, zumal sie sich nicht offiziell in anderen Städten/Gemeinden anmelden können. Es ist daher nicht möglich, die Anzahl von Verstößen gegen die gesetzliche Wohnsitzauflage zu beziffern.



Frage 2:

Wie oft erfolgten Anzeigen? Inwieweit wird nicht nur beim Landratsamt München, sondern auch bei der LHM München auf eine Strafverfolgung generell verzichtet? Warum? Dies nachgefragt angesichts der Tatsache, dass im Zuge des neuen „Asylpakets“ eine größere Wahrscheinlichkeit zur Abschiebung auch bei derartigen (wiederholten) Straftaten besteht.

Antwort:

Es werden in der Regel keine Strafanzeigen wegen Verstoßes gegen die Residenzpflicht seitens der Ausländerbehörde der Landeshauptstadt München gestellt, da die Verstöße regelmäßig bei Kontrollen durch die Polizei festgestellt und zur Anzeige gebracht werden.

Die geplanten gesetzlichen „Verschärfungen“ im „Gesetz zur erleichterten Ausweisung von straffälligen Ausländern und zum erweiterten Ausschluss der Flüchtlingsanerkennung bei straffälligen Asylbewerbern“ stellen auf vorsätzliche Straftaten ab, die sich gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit, die sexuelle Selbstbestimmung sowie das Eigentum richten oder auf Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Eine Verurteilung wegen Verstoßes gegen die gesetzliche Wohnsitzauflage nach § 86 AsylG ist hiervon nicht erfasst, so dass diese Straftaten per se die Wahrscheinlichkeit einer Abschiebung nicht erhöhen.



Haftpflichtversicherung für „Flüchtlinge“

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 19.2.2016

Antwort Stadtkämmerer Dr. Ernst Wolowicz:

In Ihrer Anfrage haben Sie folgenden Sachverhalt zugrunde gelegt:

„Städte, Gemeinden und Kreise sorgen für die Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern und ‚Flüchtlingen‘. Für von diesen verursachte Schäden besteht in der Regel kein Versicherungsschutz, d.h. ‚Flüchtlinge‘ und Asylbewerber sind nach dem bürgerlichen Gesetzbuch persönlich zum Ausgleich der von ihnen verursachten Schäden verpflichtet. In den wenigsten Fällen sind diese aber finanziell in der Lage, die Ersatzansprüche der Geschädigten zu erfüllen, weshalb für letztere ein nicht unerhebliches Risiko besteht, für entstandene Schäden selbst aufkommen zu müssen. In Ausnützung dieser Marktlücke bieten seit einiger Zeit verschiedene Versicherer eine spezielle Privat-Haftpflichtversicherung für Asylbewerber und ‚Flüchtlinge‘ an. Im Online-Werbetext eines einschlägigen Versicherers heißt es dazu etwa: ‚Unsere Privat-Haftpflichtversicherung für Asylbewerber und Flüchtlinge deckt diese Schäden. Als Kommune schließen Sie die Versicherung für alle in Ihrer Zuständigkeit untergebrachten Asylbewerber und Flüchtlinge mitsamt ihrer Familien ab. Die Versicherungssumme beträgt 10 Mio. EUR je Schadenfall.‘ Allerdings bleiben Fragen offen. Durch die Unterbringungs pauschale, die Landkreise und Städte für die Unterbringung von ‚Flüchtlingen‘ erhalten, ist der Versicherungsbeitrag nach geltender Rechtslage nicht abgedeckt. Im sächsischen Integrationsministerium wurde deshalb schon im Mai 2015 auf den problematischen Umstand hingewiesen, dass ‚eine vom Staat finanzierte Haftpflicht für Asylbewerber ein Geschenk an die Versicherungswirtschaft wäre. Das könne möglicherweise sogar die Rechnungshofprüfer auf den Plan rufen‘ (zit. nach: http://www.mdr.de/nachrichten/haftpflicht-asyl100_zc-e9a9d57e_zs-6c4417e7.html zuletzt aufgerufen: 19.2.2016, 2.49 Uhr; KR). – Fragen nach der Handhabung durch die LHM sind naheliegend.“

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:

Wie ist die Haftpflichtversicherung von durch die LHM untergebrachten Asylbewerbern und „Flüchtlingen“ geregelt? Konkret: inwieweit macht die LHM von einschlägigen Angeboten von Versicherern Gebrauch, die spezi-



elle Privat-Haftpflichtversicherungen für Asylbewerber und „Flüchtlinge“ anbieten?

Antwort:

Die Landeshauptstadt München versichert grundsätzlich nur ihre eigenen Risiken und keine Risiken Dritter. In Deutschland besteht mit Ausnahme der Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung grundsätzlich keine Pflicht zum Abschluss einer Haftpflichtversicherung. Dies gilt auch für Asylbewerber und Flüchtlinge. Die Landeshauptstadt München hat für alle in ihrer Betreuung und damit in ihrer Verantwortung stehenden Minderjährigen eine Privathaftpflichtversicherung abgeschlossen. Dieser Versicherungsschutz besteht damit auch für die in der Betreuung der Landeshauptstadt München stehenden unbegleiteten minderjährigen Asylbewerber und Flüchtlinge.

Frage 2:

Welche Summe war dafür von der LHM im Jahr 2015 ggf. aufzuwenden?

Antwort:

Entfällt, siehe Antwort zu Frage 1. Für den Versicherungsschutz der in der Betreuung der Landeshauptstadt München stehenden Minderjährigen ist alleine die Tatsache der Minderjährigkeit relevant, weitere Informationen liegen nicht vor.

Frage 3:

Wie viele Fälle von durch in der LHM untergebrachten Asylbewerber und „Flüchtlinge“ verursachten konnten dadurch ggf. im Jahr 2015 abgewickelt werden?

Antwort:

Entfällt, siehe Antwort zu Frage 1 und 2.



Grundsätzlich keine Sozialhilfe für erwerbsfähige Unionsbürger – wie entscheidet die LHM?

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 24.2.2016

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

In Ihrer Anfrage vom 24.2.2016 führen Sie Folgendes aus:

„Erwerbsfähige EU-Bürger, die aufgrund eines gesetzlichen Ausschlusses keine Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende („Hartz IV“) erhalten können, weil sich ihr Aufenthaltsrecht allein aus dem Zweck der Arbeitssuche ergibt oder sie kein Aufenthaltsrecht haben, sind grundsätzlich auch dann vom Bezug von Sozialhilfe ausgeschlossen, wenn sie sich bereits sechs Monate in Deutschland aufgehalten haben. Das hat dieser Tage das Landessozialgericht Rheinland-Pfalz in einem Eilverfahren entschieden. Der Beschluss vom 10.2.2016 ist rechtskräftig (Az. L 3 AS 668/15 B ER, BeckRS 2016, 66282). Damit weicht das LSG von der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts ab, wonach bei einem Aufenthalt von EU-Bürgern im Bundesgebiet von mindestens sechs Monaten Sozialhilfe geleistet werden muss, weil das vom Gesetz vorgesehene Ermessen der Sozialhilfeträger zur Leistung in diesen Fällen auf Null reduziert sei. Das LSG argumentiert demgegenüber, dass angesichts des gesetzlich ausdrücklich geregelten Leistungsausschlusses für Ausländer, deren Aufenthaltsrecht sich allein aus dem Zweck der Arbeitssuche ergibt, dem Sinn und Zweck dieser Regelung, einer ‚Einwanderung in die Sozialsysteme‘ entgegenzuwirken und der Zielsetzung des Gesetzgebers, einen solchen Leistungsausschluss sicherzustellen, den

Ermessensleistungen, sofern man sie überhaupt für anwendbar halte, in diesem Zusammenhang allenfalls ein Ausnahmecharakter beigemessen werden könne. Es bedürfe daher im Einzelfall besonderer Umstände, um von dem grundsätzlich geltenden Leistungsausschluss abzuweichen. Eine Leistungsgewährung an den in Rede stehenden Personenkreis sei im übrigen weder europarechtlich geboten noch ergebe sich eine entsprechende Verpflichtung aus dem Grundgesetz, denn der dem Grundgesetz verpflichtete Gesetzgeber habe keine verfassungsrechtliche Pflicht, über die gesetzlichen Regelungen hinaus jedem Menschen, der sich – aus welchen Gründen auch immer, also legal oder illegal – in der Bundesrepublik Deutschland aufhält, voraussetzungslose Sozialleistungen zu gewähren und die drei bestehenden Existenzsicherungssysteme, deren verfassungsrechtlicher Kern das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums ist, um eine weitere Regelung zu ergänzen.“



Zu Ihrer Anfrage vom 24.2.2016 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:

Wie entscheidet die LHM bzw. das Jobcenter München?

Antwort:

Das Bundessozialgericht hat am 3.12.2015 in drei Entscheidungen festgestellt, dass Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, die gemäß § 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 SGB II von Leistungen nach dem SGB II ausgeschlossen sind, Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII erhalten sollen. Die Begründungen zu diesen Urteilen liegen erst seit kurzem vor. Über das weitere Vorgehen kann erst entschieden werden, wenn die Begründungen zu allen drei Urteilen geprüft werden konnten. Der Beschluss des Landessozialgerichts Rheinland-Pfalz wird in die Prüfung einbezogen.

Das Jobcenter München entscheidet nach seinen Vorgaben, die höchststrich-terlich bestätigt wurden, und schließt EU-Bürgerinnen und - Bürger, die sich zur Arbeitssuche in Deutschland aufhalten, rechtmäßig von Leistungen nach dem SGB II aus.

Frage 2:

Wie viele Anträge wurden seit 1.1.2015 von der LHM bzw. vom Jobcenter München wie beschieden (bewilligt/abgelehnt) bzw. befinden sich noch im Widerspruch/Gerichtsverfahren?

Antwort:

Das IT-Verfahren der LHM für die Leistungsberechnung im SGB XII sieht keine Statistik über die Gründe für Leistungsbewilligungen bzw. -ablehnungen vor. Widersprüche und Klagen gegen die LHM in dieser Angelegenheit wurden bisher nicht bekannt. In sechs Verfahren gegen das Jobcenter München erfolgte eine Beiladung der LHM.

Das Jobcenter München geht in einer qualifizierten Schätzung (das dortige IT-System differenziert nicht zwischen den unterschiedlichen Leistungsaus-schlüssen in § 7 SGB II) von 36 Widersprüchen, 15 Klagen, 22 Verfahren im einstweiligen Rechtsschutz, zwei Berufungen und acht Beschwerden in dieser Rechtsfrage aus. Auch die IT des Jobcen-ters München sieht keine Auswertung der Gründe für bzw. gegen eine Be-willigung von Leistungen vor.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 13. April 2016

Zeitplan der Umsetzung der Baumaßnahme „Campus Ost“

Anfrage Stadträtin Kristina Frank (CSU-Fraktion)

Einkaufstasche statt Plastiktüte – Müllvermeidung und Ressourcenschonung einfach gemacht

Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Herbert Danner, Katrin Habenschaden, Dominik Krause, Sabine Krieger, Sabine Nallinger und Oswald Utz (Fraktion Die Grünen/Rosa Liste)

Bürgerservice für die wachsende Stadt: Masterplan Verwaltungsstandorte 2030

Antrag Stadtrats-Mitglieder Herbert Danner, Gülseren Demirel, Katrin Habenschaden, Anna Hanusch, Thomas Niederbühl und Dr. Florian Roth (Fraktion Die Grünen/Rosa Liste)

Will die Stadtverwaltung die Umweltzone durch eine Blaue Plakette verschärfen?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Dr. Wolfgang Heubisch, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff, Thomas Ranft und Wolfgang Zeilhofer-Rath (Fraktion Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung (FDP – HUT – Piraten))

Asylbewerber mit sieben Personalien in München aufgegriffen

Anfrage Stadträte Fritz Schmude und Andre Wächter (ALFA – Allianz für Fortschritt und Aufbruch)

Containerunterkünfte für die „Flüchtlings“-Unterbringung – Zahlen, Kleingedrucktes

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

ANFRAGE

13.04.2016

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Zeitplan der Umsetzung der Baumaßnahme „Campus Ost“

Bereits am 14.07.2015 wurde das Referat für Bildung und Sport aufgefordert, die Bezirkssportanlage an der Fehwiesenstraße in die Prioritätenliste des Infrastrukturprogramms Sport aufzunehmen und zeitnah für eine Sanierung vorzusehen. Dies liegt daran, dass die Bezirkssportanlage eine der ältesten in München ist und sich Gebäude und Freiflächen in einem denkbar schlechten, auch hygienisch bedenklichen Zustand befinden.

Mittlerweile ist durch das Referat für Bildung und Sport geplant, die Erweiterung und Sanierung der angrenzenden Ludwig-Thoma-Realschule in einem Aufwasch mit dem Neubau des Sportbetriebsgebäudes der Bezirkssportanlage und der Modernisierung der Freisportanlagen durchzuführen. Das Bauvorhaben „Campus Ost“ wurde den örtlich ansässigen Vereinen bereits vorgestellt und soll zügig weiterverfolgt werden. Eine verbindliche Terminalschiene für die Realisierung ist jedoch nicht bekannt.

Daher frage ich:

- Welcher Zeitplan ist für die Errichtung der neuen Betriebsgebäude und die Sanierung der Sportflächen an der Fehwiesenstraße konkret vorgesehen?
- Sind abhängig von diesem Zeitplan kleinere, aber notwendige Reparaturmaßnahmen an Umkleiden und Duschen oder die Sanierung der Außenanlagen (insbesondere des Naturrasenplatzes (nördliches Spielfeld) und der Laufbahn) schon vorab umsetzbar und angedacht?

Kristina Frank, Stadträtin

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 13.04.2016

Einkaufstasche statt Plastiktüte – Müllvermeidung und Ressourcenschonung einfach gemacht

Antrag

Die Stadt München ergreift folgende Maßnahmen, um Plastiktüten weitestgehend durch Einkaufstaschen zu ersetzen.

- 1.) Einführung eines Runden Tisches mit Unternehmen und dem Einzelhandel in München, um gemeinsam Wege zur Einkaufstasche und weg von der Plastiktüte zu finden. Hierbei werden die aktuellen Entwicklungen auf nationaler und europäischer Ebene neu bewertet. Ziel ist eine möglichst breite Einbindung der Wirtschaft und eine gemeinsame Erklärung zur Umstellung des Systems der kostenlose Plastiktütenabgabe auf nachhaltig produzierte Mehrwegtaschen.
- 2.) Der Verlauf des Runden Tisches wird durch eine breit angelegte Kampagne unterstützt, um die Umstellung positiv zu begleiten und auf die negativen Folgen des hohen Plastiktütenkonsums und von Plastik allgemein auf Mensch und Natur aufmerksam zu machen.
- 3.) Die LH München verwendet im städtischen Einflussbereich ausschließlich nur noch Mehrwegtaschen, die aus nachhaltiger Bewirtschaftung kommen.
- 4.) Bei den Maßnahmen soll die Stadt Verbindung mit Nürnberg (vgl. Antrag „Plastiktütenfreie Stadt Nürnberg“ vom 25.02. 2016¹) und Prien (vgl. Initiative „Prien is green“²) aufnehmen, um aus dort schon gemachten Erfahrungen zu lernen.

Das städtische Anliegen Müll zu vermeiden und Ressourcen zu schonen wird damit auch in diesem Bereich konsequent umgesetzt und thematisiert.

Begründung:

Vermeidung von Abfall und der sorgsame Umgang mit Ressourcen ist schon lange ein wichtiger Grundsatz der LH München. In der Vergangenheit hat sich das Amt für Abfallwirtschaft vor allem an die Bürger(innen) gewandt, um diesen Grundsatz zu verwirklichen – mit Kampagnen wie „Müll-Besser trennen“ (2006) oder die Aktion „Taschentausch: Plastik gegen Stoff!“ (2014)³.

-
- 1 Antrag unter https://www.nuernberg.de/imperia/md/gruene/dokumente/antraege_2013_2018/umweltausschuss/2016_02_26_plastiktuetenfreies_nuernberg.pdf, letzter Zugriff 4. April 2016
 - 2 Initiative unter <http://www.prien-is-green.de/>, letzter Zugriff 4. April 2016
 - 3 Mehr Informationen unter https://www.awm-muenchen.de/uploads/media/2014_11_20_AWM_Pressemeldung_EWAV.pdf, letzter Zugriff 4. April 2016

Jede Plastiktüte hat fossile Energie als Grundstoff, benötigt Energie und Wasser, und stellt ein großes Müllproblem dar, da sie schnell produziert ist, meist nur 5 min. benutzt wird, aber 500 Jahre Bestand hat⁴. Gerade die Berichte über die katastrophalen Plastikberge in unseren Gewässern und letztendlich in den Weltmeeren und über deren Auswirkungen auf die Biosphäre haben eine der Folgen des hohen Plastiktütenkonsums und die Notwendigkeit des Handelns drastisch vor Augen geführt. Der automatische Griff zur Plastiktüte muss hinterfragt und durch Alternativen ersetzt werden. Hierbei hat die Plastiktüte im Bewusstsein der Verbraucher(innen) nachweislich einen Symbolcharakter für Plastikprodukte allgemein. Aus diesem Grund ist es sinnvoll, in einer neu aufzulegenden Kampagne auf Plastiktüten abzustellen.

Ein im Frühjahr 2015 vom EU-Parlament verabschiedetes Abkommen hat das Thema Plastiktüten wieder ins Gespräch gebracht und verbindliche Maßnahmen für leichte Plastiktüten (leichte Plastiktüten haben eine Dicke zwischen 0,05 und 0,015 Millimetern) verabschiedet.⁵ Mitgliedstaaten haben nun die Wahl, entweder die Anzahl von leichten Kunststofftragetaschen pro Person zu begrenzen oder die Taschen ab Ende 2018 kostenpflichtig abzugeben oder andere wirksame Instrumente einzuführen. In Deutschland trifft das in der Bevölkerung auf große Zustimmung: 81% der Befragten finden das gut.⁶ Deshalb ist lokales Handeln der Landeshauptstadt München nun gefragt. Es geht um die Plastiktüte, aber auch insgesamt um den bewussten Umgang mit unseren Ressourcen.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Katrin Habenschaden

Sabine Nallinger

Paul Bickelbacher

Herbert Danner

Oswald Utz

Dominik Krause

Sabine Krieger

Mitglieder des Stadtrates

4 Vgl. EuroParlTV <http://www.europarl.europa.eu/de/player.aspx?pid=7355177b-4cd5-4525-b901-a46800f79d7f>

5 Vgl.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20150424IPR45708/Parlament-geht-gegen-verschwenderischen-Verbrauch-von-Kunststoff%C3%BCten-vor>

6 <https://yougov.de/news/2016/03/12/vier-von-funf-deutschen-finden-plastiktuten-gebuehr/>

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 13.04.2016

Bürgerservice für die wachsende Stadt: Masterplan Verwaltungsstandorte 2030

Antrag

Die Stadtverwaltung erstellt ausgehend von den sich entwickelnden Bedarfen in der wachsenden Stadt einen Masterplan „Verwaltungsstandorte 2030“. Das umfasst folgende Aufträge:

1. Die Stadtverwaltung (insbesondere das Personal- und Organisationsreferat in Abstimmungen mit den Fachreferaten) stellt dar, wie sich voraussichtlich bis 2030 (ggf. inkl. zeitlicher Zwischenschritte) aufgrund beschlossener oder für die nächsten Jahre prognostizierter Stellenausweitungen bzw. Ausweitungen des Publikumsverkehrs die Bedarfe entwickeln werden.
2. In die dazu zu erstellenden Nutzerbedarfsprogramme werden folgende platzsparende Konzepte einbezogen:
 - a) Dem Stadtrat werden moderne Arbeitsplatzkonzepte insbesondere erfolgreicher Unternehmen vorgestellt, die geringeren Platzbedarf mit hoher Zufriedenheit der Beschäftigten verbinden (wobei ggf. externe Beratung in Anspruch genommen wird) – als Grundlage eines Konzepts für die Stadtverwaltung der Zukunft;
 - b) In diesem Zusammenhang werden auch die organisatorischen wie infrastrukturellen Voraussetzungen für Home Office verbessert und ggf. Hürden dazu beseitigt. Dabei ist auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein wichtiges Ziel im Sinne eines Rechts auf Home Office (wie es seit 2015 in den Niederlanden gesetzlich verankert ist).
3. Bei allen Planungen werden Bedarfe für Kinderbetreuung mit berücksichtigt.
4. Es werden städtische und nichtstädtische Flächen bzw. Gebäude, die als Nutzung für die Stadtverwaltung in Frage kommen, gesammelt von Kommunal- und Planungsreferat dargestellt und mit den Bedarfen der Referate in Zusammenhang gesetzt. Bei dem Bedarf an Grundstücksflächen und ihrer Lage ist zu berücksichtigen:
 - a) Ziel muss es sein, die Zahl der Standorte klein zu halten und zu einer Zentralisierung zu kommen (insoweit es nicht dezentral vorzuhaltende Angebote für die Bürgerschaft betrifft), damit eine Verwaltung der kurzen Wege ermöglicht wird und nicht mehr kleine, oft innerstädtische Standorte mit hohen Mieten zu finanzieren sind. Dabei soll auch der Umzug bestehender Verwaltungseinheiten in Erwägung gezogen werden.

- b) Es wird dabei geprüft, inwiefern auch Flächen außerhalb des unmittelbaren Stadtzentrums als Verwaltungsstandorte in Frage kommen. Als Standorte wären u.a. zu prüfen der Umgriff des SWM-Campus und Riem (Grundstück nördlich der Neuen Messe an der Autobahn A94 unweit des Container-Bahnhofs).
- c) Bei der Planung von neuen städtischen Gebäuden (insbesondere Verwaltungs- und Schulgebäude) wird höher als bisher gebaut und es werden ggf. bei nicht ausreichendem Baurecht Bebauungspläne erstellt. Als Vorbild möglicher Höhe ist das Technische Rathaus am Ostbahnhof (Sitz des Baureferats) zu betrachten.
- d) Außerdem wird bei Neubauten oder Sanierungen auf hohe Energieeffizienz geachtet, u.a. um bezogen auf den Lebenszyklus der Gebäude wirtschaftlich zu handeln.
- e) Bei Ankauf weiterer Flächen muss frühzeitig und vorausschauend auf dem Markt agiert werden.

Begründung:

München ist eine rasch wachsende Stadt. Seit Mitte 2015 leben hier mehr als 1,5 Millionen Menschen. Bis zum Jahr 2030 werden mindestens 1,7 Millionen prognostiziert.

Mehr Bürgerinnen und Bürger brauchen auch einen adäquaten Bürgerservice durch die Stadtverwaltung, der nicht ohne bedarfsgerechte Personalmehrungen zu gewährleisten sein wird, auch wenn man Effizienzsteigerungen anstrebt, etwa durch stärkere Digitalisierung. Allein vom 01.05. 2014 bis einschließlich Oktober 2015 hat der Stadtrat 1.800 neue Stellen (Vollzeitäquivalente) beschlossen. Auch wenn man dies aufgrund der Haushaltslage nicht linear hochrechnen kann, muss man auch in den nächsten Jahren von weiteren notwendigen Stellenausweitungen ausgehen.

Eine wachsende Verwaltung führt aber auch zu vermehrtem Platzbedarf. Deshalb werden die bestehenden Verwaltungsgebäude bald nicht mehr ausreichen.

Bisher gab es hier keine systematische Planung. Einzelne Referate haben Bedarf an neuen Standorten angemeldet. Bisweilen reichen die ursprünglich geplanten Platzkapazitäten aber inzwischen gar nicht mehr aus.

Das momentane Bild zeigt eine große Zahl von größeren und kleineren, meist in der Innenstadt gelegenen Standorten, was weder unter Kosten- noch unter Arbeitsaspekten effizient ist.

Angesichts der Haushaltslage ist bei den weiteren Planungen die Kosteneffizienz im Auge zu behalten, aber auch der Mangel an verfügbaren Flächen in München. Deshalb muss man an platzsparende Arbeitsplatzkonzepte, stärkere Zentralisierung und höhere Gebäude denken.

Wichtig ist es, Effizienz mit hoher Arbeitsplatzzufriedenheit der Beschäftigten (auch mit dem Gedanken der Vereinbarkeit von Beruf und Familie) zu verbinden.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Dr. Florian Roth
 Gülseren Demirel
 Katrin Habenschaden
 Thomas Niederbühl
 Herbert Danner
 Anna Hanusch

Mitglieder des Stadtrates



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

Schriftliche Anfrage

13.04.2016

Will die Stadtverwaltung die Umweltzone durch eine Blaue Plakette verschärfen?

Die Umweltminister von Bund und Ländern hatten sich Ende vergangener Woche auf die Einführung einer blauen Plakette verständigt. Nach dem Vorbild der bisherigen Feinstaub-Plaketten soll sie Autos vorbehalten sein, die wenig Stickoxide ausstoßen. Kommunen könnten dann Gegenden ausweisen, die nur von Fahrzeugen mit blauen Plaketten befahren werden dürfen. Kommunen sollen die Möglichkeit erhalten, in Stadtteile, die besonders stark mit Stickoxid belastet sind, Fahrzeuge mit hohem Stickstoffausstoß auszuschließen (SZ vom 11.4.2016). Zwar ist noch unklar, ob und wann die Bundesregierung eine Blaue Plakette beschließen wird, jedoch stellen sich folgende Fragen grundsätzlich.

Wir bitten um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1.
Wie viele in der LH München zugelassene Fahrzeuge würden derzeit keine „Blaue Plakette“ für München erhalten?
2.
Wie viele a) Taxen und b) Lieferfahrzeuge wären davon betroffen?
3.
Sind neben Dieselfahrzeugen auch Fahrzeuge mit anderen Antriebstechniken betroffen?
4.
Beabsichtigt die Verwaltung, dem Stadtrat einen Vorschlag zur Einführung einer „Blauen Plakette“ in München zu machen, sobald die gesetzlichen Grundlagen geschaffen wurden?

Gez.
Dr. Michael Mattar
Fraktionsvorsitzender

Gez.
Dr. Wolfgang Heubisch
Stadtrat

Gez.
Thomas Ranft
Stadtrat

Gez.
Gabriele Neff
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Gez.
Wolfgang Zeilhofer-Rath
Stadtrat

MITGLIEDER IM STADTRAT MÜNCHEN

Andre Wächter – Fritz Schmude



ALFA im Münchner Stadtrat · Marienplatz 8 · 80331 München

Herrn Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

Anfrage

München, den 12.04.2016

Asylbewerber mit sieben Personalien in München aufgegriffen

Laut einem Pressebericht wurde am Sonntag ein 17-jähriger Afghane am Bahnhof in Pasing nach einem Zwischenfall ohne Dokumente aufgegriffen.

Bei der Überprüfung stellte sich heraus, dass der Mann sieben Mal Asyl beantragt und jedes Mal andere Personalien angegeben hatte.

Für in München lebende Flüchtlinge ist das Sozialreferat der Landeshauptstadt München zuständig.

Wir fragen daher:

Wurde die aufgegriffene Person mit einer oder mehreren Identitäten in München erfasst?
Hat diese Person mit einer oder mehreren Identitäten Leistungen von der Landeshaupt erhalten?

(Bitte Barleistungen separat ausweisen)

ALFA-Gruppierung im Münchner Stadtrat

Fritz Schmude
Andre Wächter



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
13.04.2016

**Containerunterkünfte für die „Flüchtlings“-Unterbringung –
Zahlen, Kleingedrucktes**

Bei der Generierung von Unterbringungsmöglichkeiten für anhaltend hohe Kontingente an „Flüchtlings“ mußte die Landeshauptstadt München in den letzten Monaten auch unkonventionelle Wege gehen und z.T. unter erheblichem Zeitdruck Lösungen finden. Während die Beschlagnahme von Turnhallen zum Zweck der „Flüchtlings“-Unterbringung in München vermieden werden konnte, brachte die Sozialreferentin gleichwohl auch Barackenunterkünfte in vereinfachter Bauweise ins Gespräch. Demgegenüber haben sich findige Unternehmer längst auf die Vermietung von Asylanten-Unterkünften spezialisiert und bieten Kommunen, die über Engpässe bei der Unterbringung von „Flüchtlings“ klagen, z.B. fertige, auch möblierte Wohncontainer an. Auf dem Immobilienportal „ImmobilienScout 24“ („Der Marktführer: Die Nr. 1 rund um Immobilien“) werden zum Beispiel „Spezialcontainer zu je 30 m²“ unter den Schlagwörtern „Asylbewerberunterkunft Obdachlosenheim Top Rendite“ angeboten. Der Anbieter verspricht bei einem Verkaufspreis von 29.500 Euro pro Containereinheit eine Rendite von bis zu 109,83 % (bei einer Belegung der Containereinheit mit sechs Personen). – Es stellen sich Fragen.

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Auch die LHM greift bei der Unterbringung von Asylanten und „Flüchtlings“ auf Wohncontainer zurück. Wie viele Containerunterkünfte sind derzeit (möglichst aktueller Stand) im Münchner Stadtgebiet zur Unterbringung von wie vielen Personen im Einsatz?
2. Zu welchen Konditionen nutzt die LHM diese Containerunterkünfte – als Mietobjekte oder als Eigentümerin? Zu welchen Kosten? Für welche durchschnittliche Nutzungsdauer?

A handwritten signature in purple ink, appearing to read 'Karl Richter', written in a cursive style.

Karl Richter, Stadtrat

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 13. April 2016

**Countdown zur Freibadsaison 2016:
Auswintern im Prinzregentenbad**

Pressemitteilung SWM

Das Frühlingsfest kann kommen

Pressemitteilung SWM

**MVG verstärkt U-Bahn-Angebot zum
Frühlingsfest**

Pressemitteilung MVG

**Wikipedia-Community München:
GEWOFAG vermietet an Wikimedia**

Pressemitteilung GEWOFAG

(teilweise voraus)

Countdown zur Freibadsaison 2016 Auswintern im Prinzregentenbad

(13.4.2016) Auch wenn der April sicher so manche Wetterkapriole in petto haben wird: Die Münchner Freibadsaison steht bevor. Bis die Münchnerinnen und Münchner die acht Freibäder der SWM wieder für sich erobern können, braucht es vor allem einigen Einsatz des Bäderpersonals.



Rettungsschwimmer Flo und Rettungsschwimmerin Nicki beim Auswintern im Becken und auf der Rutsche des Prinzregentenbads.

Rund vier Wochen Großputz pro Bad – oder mehr

„Auswintern“ nennen es die Bad-Experten, wenn sie ein Freibad fit für den Sommer und die Badegäste machen. Je nach Badgröße beginnen die Auswinterungsarbeiten in sieben der acht Münchner Freibäder etwa vier bis sechs Wochen vor Badöffnung. Einzige Ausnahme: das Naturbad Maria Einsiedel. Es startet zwar als letztes Freibad in die Saison – ist aber das erste, in dem ausgewintert wird. Denn hier ist der Aufwand wegen der biologischen Wasseraufbereitung

besonders hoch. Und die Mikroorganismen im Aufbereitungsteich brauchen alleine rund vier Wochen, bis sie ihre Reinigungsfunktion erfüllen können.

Im Allgemeinen läuft das Auswintern so ab:

- Ganz am Anfang steht die Reinigung des gesamten Areals. Neben Herbstlaub müssen abgebrochene Äste, Zweige und sonstiger Unrat, der sich über die Wintermonate angesammelt hat, beseitigt werden. Wege und Beete werden von Moos und Unkraut befreit.
- Es folgen die Reparaturen: Vor allem durch Frost gesprungene Fliesen und Teerdecken müssen erneuert, neue Farbanstriche aufgebracht werden.
- Im Prinzregentenbad wird der beliebte Prinzestrand aufgeschüttet. Da wo im Winter Eisläufer ihre Runden drehen, sorgen rund 450 Tonnen Sand für Urlaubsfeeling mit Volleyball und Liegestühlen.
- Dann stehen natürlich die Grundreinigung und das Befüllen der Becken im Mittelpunkt. Vor allem in den Becken haben sich seit dem „Einwintern“ letzten Herbst Laub, Erde und Geäst angesammelt, Algen haben sich breit gemacht. Die Grundreinigung dauert zwei bis drei Tage und ist selbst bei kühlem Wetter eine schweißtreibende Arbeit. Aber noch mehr im Michaeli-Freibad mit Sprungbecken: Dort müssen Schmutz und Schlamm aus mehr als fünf Metern Tiefe nach oben befördert werden.
- Parallel zur Grundreinigung werden die Wasserleitungen wieder in Betrieb genommen. Sie wurden vor dem Winter entleert, um Frostschäden zu vermeiden. Rohre, Anschlüsse und Abläufe werden überprüft und nötigenfalls repariert, Ventile eingesetzt und Armaturen aufmontiert. Am Ende folgt die Reinigung der Sanitäreinrichtungen und Umkleiden.
- Im Kinderbereich werden Planschfiguren, Wippen, Schaukeln und Fußballtore gereinigt, gewartet und erneuert. Zudem wird der Sand aus Hygienegründen ausgetauscht.

Erst wenn alle Arbeiten abgeschlossen sind, heißt es „Wasser marsch“: Im Prinze dauert es zum Beispiel zwei bis drei Tage pro Becken, bis die insgesamt rund 1,4 Millionen Liter Wasser eingelaufen sind, noch einmal drei bis vier Tage bis das Beckenwasser auf etwa 24°C erwärmt ist.

Die letzten Handgriffe

Damit auch in dieser Sommersaison die Sicherheit der Badegäste allzeit gewährleistet ist, müssen die rund 70 Rettungsschwimmer einen Auffrischkurs machen. Sicherheitseinrichtungen und Rettungsgeräte werden intensiv geprüft, wie auch die Technik im Kassenbereich. Letzter Feinschliff, bevor die Badegäste im Mai kommen: Die Liegewiesen werden zum ersten Mal gemäht. Dabei fallen rund zwei Lkw-Ladungen Grünabfall an – und das allein im Prinzregentenstadion.

Hinweis: Die Fotos vom Auswintern sowie weitere von den Münchner Freibädern auf www.swm.de/presse.

→ Alle Details zur Freibadsaison 2016 folgen in einer Pressemitteilung Ende April.

Vorbereitungen von SWM und MVG abgeschlossen Das Frühlingsfest kann kommen

(13.4.2016) Das 52. Münchner Frühlingsfest kann kommen. Die Stadtwerke München als Energie- und Trinkwasserlieferant und ihre Verkehrstochter MVG haben ihre Vorbereitungen abgeschlossen. Dem Auftakt am Freitag, 15. April, steht also nichts mehr im Weg. Wie auch bei der „großen Schwester“, der Wiesn, sorgen die SWM diskret im Hintergrund dafür, dass alle Lichter leuchten, die Karussells sich drehen, das Bier kühl und die Hendl resch sind.



Das Team der SWM ist auch auf dem Frühlingsfest auf der Theresienwiese im Einsatz.

Energie- und Wasserversorgung sicher

Auf der Festwiese waren in den vergangenen Wochen sieben SWM Spezialisten im Einsatz, die sich um den ordnungsgemäßen Anschluss der Schausteller an das Strom-, Erdgas- und Trinkwassernetz kümmern. Während des Frühlingsfestes selbst garantiert der SWM Bereitschaftsdienst die sichere Versorgung rund um die Uhr.

M-Ökostrom lässt auch das Frühlingsfest strahlen

Insgesamt sind es zwei ober- und zwei unterirdische Trafostationen, ca. sechs Kilometer Kabel und 25 Verteilerschränke über die die SWM die rund 120 Abnehmer auf dem Frühlingsfest sicher und zuverlässig mit Strom versorgen. Insgesamt benötigen Fahrgeschäfte, Festzelte, Schau- und Verkaufsbuden rund 400.000 Kilowattstunden Strom – so viel wie 160 Münchner Haushalte im Jahr.

In punkto Nachhaltigkeit steht das Frühlingsfest der Wiesn in nichts nach: Die Veranstaltung bezieht zu 100 Prozent SWM Ökostrom und spart somit rund 176 Tonnen CO₂ ein. Rund

ein Viertel der Schausteller, Marktkaufleute und Festwirte haben sich darüber hinaus für „M-Ökoaktiv“ entschieden und leisten durch einen freiwilligen Aufpreis einen Beitrag zum weiteren Ausbau der regenerativen Stromerzeugung.

Umweltschonend Kochen und Heizen mit M-Ökogas

Neben M-Ökostrom erhalten die gastronomischen Betriebe auch M-Ökogas, wodurch noch mehr CO₂ eingespart werden kann. Für die sichere Versorgung betreiben die SWM auf der Theresienwiese ein eigenes Leitungsnetz.

Quellfrisches Münchner Trinkwasser

Das SWM Wasserversorgungsnetz auf der Theresienwiese ist rund zehn Kilometer lang und über 20 Zählerschränke werden die Geschäfte versorgt. Auch wenn in den Festzelten das Bier im Mittelpunkt steht, werden rund fünf Millionen Liter M-Wasser zu Gastronomiebetrieben, Ausstellern und Fahrgeschäften fließen.

Hinweis: Das Foto kann unter www.swm.de/presse heruntergeladen werden.

MVG Information für die Medien

13.4.2016

MVG verstärkt U-Bahn-Angebot zum Frühlingsfest

Die Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) verstärkt zeitweise ihr U-Bahn-Angebot zum Frühlingsfest auf der Theresienwiese. So fährt die U-Bahnlinie **U4** an Freitagen, Samstagen, Sonn- und Feiertagen größtenteils mit Langzügen. Zum Flohmarkt am Samstag, 16. April, wird der reguläre 10-Minuten-Takt auf der U4/U5 von ca. 5 und 7 Uhr zwischen Odeonsplatz und Theresienwiese mit Sonderzügen verdichtet, um zusätzliche Fahrtmöglichkeiten zu bieten. Alternativ zur U4/U5 empfehlen sich auch folgende Verbindungen (Auswahl):

- **Kurzer Fußweg** ab Hauptbahnhof
- **S-Bahn** bis Hackerbrücke
- **Tram 18 und 19** bis Holzapfelstraße oder Hermann-Lingg-Straße
- **MetroBus 58** bis Georg-Hirth-Platz oder Beethovenplatz
- **StadtBus 134** bis Alter Messeplatz oder Theresienhöhe)

Grundsätzlich ist das Frühlingsfest außerdem gut mit der **U3/U6** (Bf. Goetheplatz oder Poccistraße) zu erreichen. Am kommenden Wochenende empfiehlt sich die U3/U6 allerdings nicht als Alternative, weil am Samstag (16.4.) zeitgleich zum Frühlingsfest die Messe „bauma“ und ein Fußballspiel in der Arena (Samstag, 18.30 Uhr) stattfinden. Daher ist im gesamten U-Bahnnetz mit einer teilweise hohen Auslastung und temporären Engpässen zu rechnen.

Individuelle Fahrplanauskünfte gibt es unter www.mvg.de.

Herausgeber

Stadtwerke München GmbH
Pressestelle
Telefon: +49 89 2361-5042
E-Mail: presse@swm.de
www.swm.de

Redaktion

Pressereferent Bereich MVG
Matthias Korte
Telefon: +49 89 2361-6042
E-Mail: korte.matthias@swm.de
www.mvg.de



Ein Unternehmen der
Landeshauptstadt München



Pressemitteilung

Wikipedia-Community München: GEWOFAG vermietet an Wikimedia

Ladenlokal in zentraler Lage in München wird neuer „Wikipedia-Communityspace“ in der bayerischen Landeshauptstadt/Mietvertrag unterzeichnet

München, 13. April 2016. Ein Ladenlokal an der Angertorstraße 3 wird zur neuen Heimat für die Münchner Wikipedianer: Die GEWOFAG, Münchens größte kommunale Wohnungsbaugesellschaft, ist Vermieterin des neuen WikiMUC. So lautet der Name des „Communityspace München“ von Wikimedia Deutschland e. V., der Organisation hinter der deutschen Wikipedia. Die GEWOFAG verwaltet das denkmalgeschützte Gebäude für das Kommunalreferat der Landeshauptstadt München.

Das Ladenlokal in der Angertorstraße 3, zentral gelegen zwischen Sendlinger Tor und Gärtnerplatz, bietet mit knapp 80 m² Platz für die Aktivitäten von Wikipedia München (WikiMUC) zur Betreuung und Koordination der Münchner Community. Realisiert sind community-betriebene Räume inzwischen in Köln, Hannover, Hamburg und Bremen. Mit Abschluss des Mietvertrags zum 11. April 2016 kommen nun auch Räumlichkeiten in München hinzu.



Ein Unternehmen der
Landeshauptstadt München



Das Ladenlokal an der Angertorstraße 3 (Foto: GEWOFAG).



Ein Unternehmen der
Landeshauptstadt München



GEWOFAG

Die GEWOFAG ist mit ca. 35.000 Wohnungen Münchens größte Vermieterin. Sie stellt seit rund 90 Jahren den Münchner Bürgerinnen und Bürgern Wohnraum zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung und bietet damit Alternativen im angespannten Münchner Wohnungsmarkt. Neben Neubau und Vermietung sind die Sanierung und Instandsetzung des Wohnungsbestands die wichtigsten Aufgaben der GEWOFAG.

Wikimedia Deutschland

Wikimedia Deutschland ist die Gesellschaft zur Förderung Freien Wissens e. V. und setzt sich für eine Welt ein, in der das gesammelte Wissen der Menschheit für alle frei zugänglich ist. Der Verein unterstützt die Freiwilligen hinter den Wikimedia-Projekten – allen voran Wikipedia – und hat derzeit ca. 34.000 Mitglieder

Pressekontakt

Sabine Sommer
Konzernsprecherin
GEWOFAG Holding GmbH
Tel.: 089 4123-372
E-Mail: sabine.sommer@gewofag.de
www.gewofag.de

Jan Apel
Medien- & Öffentlichkeitsarbeit
Wikimedia Deutschland e. V.
Tempelhofer Ufer 23-24
10963 Berlin
E-Mail: presse-de@wikimedia.de
<http://wikimedia.de>